

An
Astrid Rothe-Beinlich, Agnieszka Brugger,
Martina Lammers, Gesine Avena, Frithjof
Schmidt, Toni Hofreiter, Peter Alberts,
Michael Kellner

Per E-Mail an gesine.avena@gruene-jugend.de

Fragen von Grün.Links.Denken

Liebe Astrid, Agnieszka, Martina, Gesine,
lieber Frithjof, Toni, Peter, Michael , liebe Emily,

hiermit übersende ich Euch meine Antworten auf Eure Fragen.

Mit herzlichen Grüßen



WAHLKREIS- UND REGIONALBÜRO
LANGE GEISMARSTR. 73
37073 GÖTTINGEN

☎ +49 551 531-60 90

☎ +49 551531-5460

JUERGEN.TRITTIN@WK.BUNDESTAG.DE

BÜRO BERLIN

PLATZ DER REPUBLIK 1

11011 BERLIN

☎ +49 30 227-72247

☎ +49 30 227-76203

JUERGEN.TRITTIN@BUNDESTAG.DE

WWW.TRITTIN.DE

1. *Deutschland bezahlt jedes Jahr ca. 4 Mrd. € zur Verfolgung von Drogenkriminalität. Hältst du das für angemessen und verhältnismäßig? Wenn nein, für was für eine Liberalisierung der Gesetzgebung (Entkriminalisierung, Legalisierung einiger Drogen, Legalisierung aller Drogen) würdest du eintreten?*

Der internationale Drogenkrieg hat Zehntausende das Leben gekostet, die Drogenkriminalität aber nicht eingedämmt. Er hat Gesellschaften wie Mexiko oder Kolumbien in Bürgerkriege gestürzt und lässt Staaten zerfallen. Die Kriminalisierung der Drogen führt heute dazu, dass ein riesiger globaler Schwarzmarkt aufgebaut wurde. Mit allen negativen Konsequenzen: angefangen bei Beschaffungskriminalität über Korruption, Waffenschmuggel und Krieg.

So kann es nicht noch einmal 40 Jahre weiter gehen. Der Drogenkrieg ist gescheitert. Wir brauchen eine andere Strategie. Ich bin überzeugt, mit einer Entkriminalisierung bekämpft man Drogenkartelle wirksamer. Statt mehr und härterer Strafen für die Süchtigen brauchen wir bessere Präventionsangebote, damit Menschen gar nicht erst süchtig werden. Für Drogensüchtige brauchen wir angemessene Therapieangebote. Also: Prävention und Therapie statt Repression und Kriminalisierung. Dieses mindert den Nachfragedruck – und damit die horrenden Profite der internationalen Dealer. Hinzukommen müssen Bereiche des Freiverkaufs sogenannter weicher Drogen sowie eine kontrollierte Abgabe sogenannter harter Drogen. Damit werden nicht alle Drogen legalisiert, aber entkriminalisiert.

2. *Wie stehst Du zu Bündnissen und **Koalitionen mit der Linkspartei**? Wie hältst Du es mit der Frage nach einer **CDU-Grüne-Koalition**?*

Koalitionen richten sich nach den Inhalten. Das meint Grüne Eigenständigkeit – in der Opposition wie in der Regierung.

Die Linkspartei hat ihren antieuropäischen Populismus eher verstärkt. Wer mit Gauweiler gegen den ESM klagt, bietet sich nicht als natürlicher Bündnispartner einer klar proeuropäischen Partei an. Die Linkspartei lehnt bis heute selbst klassische Blauhelmissionen, sowie friedenssichernde oder Wahlen absichernde Auslandseinsätze unter UNO Mandat ab, für die sich GRÜNE seit Mitte der Neunziger Jahre aussprechen. Sie hat nicht im Geringsten versucht, Einnahmen- und Ausgabendimensionen bei ihren Steuer- und Sozialbeschlüssen in Einklang zu bringen. Dort wo sie regiert wie in Brandenburg und bis vor kurzem in Berlin ist eine völlig opportunistische Politik die Regel – vom Ja zur Braunkohle bis zum Murks am Flughafen Berlin. Mit Grund also fürchtet sich die Linkspartei vor dem Praxistest. So waren auch die jüngsten Angebote der neuen Linksspitze nicht ernstgemeint. Wer wirklich koalieren will, muss sein Programm und seine Mitglieder auf Regierungs- und Kompromissfähigkeit vorbereiten. Sie müssen zwischen denen, die für eine linke Regierungspartei streiten und denen die ausschließlich auf Opposition setzen, entscheiden. Hier sind wichtige Jahre leider versäumt worden. So blockiert die Linkspartei eine handlungsfähige Mehrheit links der Mitte.

Was bei der Linkspartei nur populistische Versuchung ist, ist bei der CSU tiefe innere Überzeugung: Die antieuropäische Grundhaltung. Wer in Deutschland von Schwarz-Grün redet, redet auch von der CSU. Und wer glaubt, dass mit CDU und CSU die strukturelle Unterfinanzierung der öffentlichen Hand überwunden werden kann, etwa mit einer Erbschafts- und Vermögenssteuer, der irrt. Nach acht Jahren und 2 Koalitionspartnern gibt es mit Angela Merkel immer noch keinen Mindestlohn, keine Frauenquote, keine Maßnahmen gegen Altersarmut, keine

Besteuerung des wachsenden privaten Reichtums etc. Wer Grüne Inhalte ernst nimmt, kann Schwarz-Grün nicht machen.

3. *Wie wollt Ihr nach der Bundestagswahl 2013 gewährleisten, dass unsere Partei den **Generationenwechsel** erfolgreich schafft und Personen in der Bundesspitze aufgebaut werden, die uns als Spitzenteam in die nächste Bundestagswahl 2017 führen können?*

Es ist gut über den Tag hinaus zudenken. Aber: 2013 werden bei der Bundestagswahl die entscheidenden Weichen auch für 2017 gestellt. Nur mit starken grünen Zugewinnen werden wir sicherstellen können, erneut nicht nur die weiblichste sondern auch die jüngste Bundestagsfraktion zu stellen. Die komplette Ablösung von Schwarz-Gelb wird gerade junge und jüngere Grüne in Partei, Fraktion und Regierung vor neue Herausforderungen stellen. Daraus ergibt sich, wer uns in die übernächste Bundestagswahl führt.

4. *Wie steht Ihr zur Einführung eines **bedingungslosem Grundeinkommen**?*

Der Parteitag in Nürnberg hat dieses Modell zu Recht zurückgewiesen und sich für eine grüne Grundsicherung ausgesprochen. Ich verstehe dennoch, was die Anhänger am Grundeinkommen attraktiv finden. Weniger Sozialbürokratie und die Abschaffung jeglicher Existenzangst in einer reichen Gesellschaft, das klingt erst einmal attraktiv. Doch geht dies an den Problemen vieler Menschen aus breiten Milieus unserer Gesellschaft vorbeigeht. Teilhabe heißt in unserer Gesellschaft immer noch, am arbeitsteiligen wirtschaftlichen Geschehen dieser Gesellschaft beteiligt zu sein. Über Teilhabe an Arbeit läuft ein großer Teil der gesellschaftlichen Integration, der Anerkennung, der Sinnstiftung. Einem kleinen Teil der Gesellschaft mag es vielleicht gelingen, über spontane kulturelle Aktivitäten sozial eingebunden zu bleiben. Für die überwiegende Mehrzahl aber heisst Arbeitslosigkeit: Isolation, Depression, Exklusion. So droht das Grundeinkommen im Ergebnis dazu zu führen, dass wir Exklusion alimentieren. Zudem ist die Finanzierung eines Grundeinkommens in existenzsicherender Höhe nicht vereinbar mit unseren anderen Projekten zur Stärkung von Teilhabe und Gerechtigkeit.

5. *Welcher Stellenwert hat für Dich das **Petitionsrecht** für die Fortentwicklung der Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger sowie der Verknüpfung von teilnehmender und repräsentativer Demokratie und wärest Du bei einer Wahl in den Deutschen Bundestag bereit, Mitglied im Petitionsausschuss zu werden?*

Das Petitionsrecht ist eine wichtige Säule der Bürgerbeteiligung. Teilnehmerstarke Petitionen haben große mediale Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Petitionen müssen aber noch bekannter werden. Wir Grüne haben mit der Einführung der ePetition 2005 dazu einen großen Schritt gemacht, das Petitionsrecht und die öffentlichen Petitionen bleiben aber ausbaufähig. Da die Arbeit im Petitionsausschuss sehr zeitintensiv ist, ließ sie sich nicht mit meinem Fraktionsvorsitz vereinbaren. Momentan gehöre ich als Fraktionsvorsitzender keinem Ausschuss als festes Mitglied an.

6. *Wie würdest Du das schon jetzt bestehende Risiko der **Altersarmut bei Frauen** abzumildern versuchen? Welche Lösung strebst Du an, um die überproportionale Benachteiligung der Frauen bei einer möglichen Einführung der Zuschussrente zu verhindern?*

Aus Hungerlöhnen werden Hungerrenten – da hat Norbert Blüm recht. Hungerlöhne, prekäre Beschäftigung, Minijobs betreffen vor allem Frauen. Wer Altersarmut bekämpfen will muss da ran. Wir brauchen einen gesetzlichen Mindestlohn, wir müssen die Mini Jobs begrenzen und die Zeit- und Leiharbeit zurückfahren.

Wer aber sein Leben lang, oder aber mindestens 30 Jahre lang dem Arbeitsmarkt zur Verfügung gestanden hat, der darf am Ende nicht in der Grundsicherung landen. Er oder Sie müssen eine Rente sicher haben, die über Armutsniveau liegt. Dafür entwickeln wir gerade unser Konzept der Garantierente. In meinen Augen wären mit der Garantierente die Voraussetzungen dafür gegeben, die Verlängerung der Lebensarbeitszeit zu beschließen. In der Garantierente sollen auch Ausbildungszeiten, einige Jahre Kindererziehung, Erwerbsunfähigkeitsjahre und Arbeitslosigkeit bei der Anspruchsvoraussetzung zählen. Damit wäre schon einiges gegen Altersarmut auch für die Frauen getan.

Rückwirkend wird es schwierig, die Ungerechtigkeiten und Fehlstellungen des (west-)deutschen Sozial- und Steuersystems jetzt durch die Rentenversicherung komplett auszugleichen. Deshalb müssen wir für die Zukunft allen Frauen einen besseren Zugang zum Arbeitsmarkt – u.a. durch den Ausbau der Betreuungsinfrastuktur – und zu besser entlohnerten Jobs verschaffen, damit sie sich eigenständige Ansprüche in der Rentenversicherung aufbauen können.

7. *Wir Grüne haben uns immer mit der **Wachstumsfrage** beschäftigt. Es wird immer deutlicher, dass eine nachhaltige Entwicklung ohne eine Veränderung unseres Lebensstils nicht erreichbar ist. Insbesondere der Klimaschutz zwingt dazu, weil Rebound-Effekte die technologischen Errungenschaften kompensieren. Wie willst Du das Spannungsverhältnis zwischen dem ökologisch Notwendigen und dem in Deutschland politisch Vermittelbaren und Umsetzbaren auflösen?*

Fakt ist: Die Wachstumsrate ist in den entwickelten Gesellschaften in letzten Jahrzehnten immer weiter gefallen. Wir müssen unsere Ziele ohnehin mit weniger Wachstum erreichen. Zentral ist es, dass wir nicht nachlassen beim Versuch, die absolute Entkopplung zwischen volkswirtschaftlichem Wachstum und Material- und Ressourcenverbrauch doch zu schaffen. Dazu müssen in allen Bereichen ökologisch motivierte und berechnete, strikte und ambitionierte absolute Grenzen für Emissionen und Ressourcenverbrauch festgelegt werden, die die technologische Entwicklung vorantreiben und Reboundeffekte begrenzen. Ressourceneffizienz wird so zur Folge von Emissionsbegrenzungen und nicht zum Ersatz. So etwas gibt es natürlich nur mit Grünen an der Regierung.

Die strukturelle Abhängigkeit unseres Wirtschaftssystems von Wachstum ist ein Problem. Sie resultiert aus dem Produktivitätsfortschritt, der Rationalisierung auf dem Arbeitsmarkt, dem Wachstumstreiber Staatsverschuldung und der steigenden Ungleichheit unserer Gesellschaft, die den Aufstieg der unteren Schichten nur über ständiges Gesamtwachstum organisieren kann. Man kann und sollte weiter versuchen, diese systemische Wachstumsabhängigkeit zu verringern. Durch Umverteilung, mehr öffentlich geförderte Jobs, mehr Jobs im Dienstleistungs- und Wissensbereich. Aber: Das sind sehr langfristige und schwer umsetzbare Reformen.

8. *Oft wird uns Grünen zu Unrecht vorgeworfen, Ökologiepolitik auf Kosten von sozialer Gerechtigkeit zu machen. Was sind aus deiner Sicht die wichtigsten Schritte, um **Öko und Soziales** zusammenzubringen?*

Wir dürfen uns bei der Frage der Energiepreise nicht in die Defensive drängen lassen, nur ein Bruchteil der hohen Strompreise ist auf die EEG Umlage zurückzuführen. Hier heißt es lautstark dagegen halten. Von einem grundsätzlichen Ziel wie „Klasse statt Masse“ mit Bezug auf Landwirtschaft und Lebensmittel können und sollten wir nicht abrücken. Die Notwendigkeit unseren Fleischkonsums einzuschränken betrifft uns alle. Preise müssen die ökologische Wahrheit sagen. Das wird immer ein Grundprinzip grüner Politik bleiben. Die extrem ungleiche Einkommensverteilung in Deutschland ist ein Problem der Wirtschafts-, Lohn- und Steuerpolitik. Dort muss sie angegangen werden. Dann wird gutes Leben auch nicht zum Luxus Weniger.

Langfristig ist ökologische Politik ohnehin sozial gerecht, da von Umweltschäden immer die sozial Schwachen zuerst betroffen sind. Stichworte sind da z.B.: benachteiligte Wohnlage, Gesundheitskosten, gefährliche Arbeitsbedingungen. Die Abhängigkeit von fossilen Rohstoffen ist ein Problem das besonders sozial Schwache betrifft. Das gilt auch international: Der Anstieg der Rohstoffimportkosten betrug von 2009 bis 2011 über 50% des Leistungsbilanzdefizits in den europäischen Krisenländern Spanien, Italien, Griechenland, Portugal. Das wirkte außerordentlich Krisen verschärfend für diese Länder und wen die Krise dort am härtesten trifft, kann man den täglichen Horrormeldungen aus den Nachrichten entnehmen. Wahr ist auch, dass steigende Öl- und Kohlepreise heute die einzigen relevanten Inflationstreiber in Deutschlands sind.

9. *Wir Grüne stehen für die Stärkung des Gemeinwesens. Wir fordern dazu unter anderem eine sozial gerechte Steuerpolitik, eine Heranziehung großer Vermögen zur Bewältigung der Kosten der Krise, eine Reform der Erbschaftssteuer und Erhöhung des Spitzensteuersatzes. Wie wichtig ist für Dich **Umverteilung** als Bedingung für den Eintritt in eine Regierungskoalition?*

Materielle Ungleichheit ist über die Übertragungsriemen von Wettbewerb und Motivation in gewissem Maß förderlich für den Wohlstand aller. Und ein gewisses Maß an materieller Ungleichheit ist als Ergebnis unterschiedlicher Leistung legitim. Doch eine Gesellschaft mit zu großer Ungleichheit verliert den Rückhalt ihrer Mitglieder und kann ihre Potentiale nicht nutzen. Und das Ausmaß materieller Unterschiede ist heute durch „Leistung“ nicht mehr zu rechtfertigen. Zu viele Anteile des Vermögensaufbaus sind über Zufälle, Erbschaften, Spekulationen erfolgt; zu viel Finanzerfolg bleibt ohne Bezug zu relevanter gesellschaftlicher Leistung. Die Rede, Leistung würde sich für die oberen Schichten in Deutschland bald nicht mehr lohnen, ist angesichts der Reichtumsentwicklung absurd. Die Leistungen vieler Arbeitnehmer hingegen, vom Niedriglohnbereich bis in die breite Mittelschicht, werden immer schlechter belohnt. Leistung muss sich lohnen, auch für Pflegekräfte, Hebammen, Erzieher usw.

Die in Eurer Frage genannten Maßnahmen sind maßvoll, wohlüberlegt und von den Wohlhabenden leicht zu bewältigen. Der private Wohlstand „der Bürger“ ist in Deutschland in den letzten zwanzig Jahren unaufhörlich gestiegen. Nach den Zahlen des neuen Armuts- und Reichtumsberichtes der Bundesregierung hat sich in diesem Zeitraum das Nettovermögen der privaten Haushalte mehr als verdoppelt, auf über 10 Billionen Euro. Wohl gemerkt, nicht jeder fällt in diese Kategorie „der Bürger“, deren Taschen vor dem Zugriff des „gierigen Staates“ geschützt werden müssten. Der meisten Bürger Taschen sind leer. Die reichsten 10 Prozent unserer Gesellschaft besitzen zwei Drittel des gesamten Vermögens. Das reichste

Tausendstel, also etwa 82.000 Menschen, besitzen nach Zahlen des DIW ein Netto-Vermögen von über 1.600 Milliarden Euro.

Privater Reichtum bei öffentlicher Armut. Das können wir uns nicht länger leisten. Eine Beendigung der strukturellen Unterfinanzierung der öffentlichen Hand – und das bedeutet zwingend auch Einnahmeverbesserungen – ist für mich Grundbedingung einer grünen Regierungsbeteiligung. Deshalb haben wir in diesen Tagen den Gesetzentwurf zur Einführung einer Vermögensabgabe in den Bundestag eingebracht.

*10. Wir haben bereits beschlossen, das Ehegattensplitting verfassungskonform abzuschaffen und Familien mit Kindern besser zu fördern – unabhängig von der rechtlichen Konstellation, in der die Eltern leben. 2009 haben wir eine **Kindergrundsicherung** beschlossen, um im Familienlastenausgleich Familien mit Kindern zu stärken und wirksam gegen Kinderarmut vorzugehen. Wie wirst Du diese Forderung im Wahlkampf in die Öffentlichkeit bringen und welche Schritte schlägst Du bei einer Regierungsbeteiligung vor, um die Kindergrundsicherung durchzusetzen?*

Deutschland hat im internationalen Vergleich sehr hohe Transferleistungen für Familien. Dennoch klafft nach wie vor eine große Lücke zwischen Kindern aus benachteiligten und gutsituierten Familien. Kaum eine Gesellschaft hat weniger Durchlässigkeit. Vorrang vor allen zusätzlichen Transferleistungen hat – da waren wir Grüne uns immer einig – der Ausbau von Infrastrukturen. Das Geld für das Betreuungsgeld beispielsweise wollen wir lieber in den Kita-Ausbau stecken. Denn mehr Kitas sorgen dafür, dass Mütter arbeiten gehen können. Berufstätige Mütter sind nicht nur das beste Mittel gegen Altersarmut, sondern auch gegen Kinderarmut.

Wir wollen, dass alle Kinder gleiche Startchancen bekommen. Dazu gehört auch, dass sie uns auch alle gleich viel wert sind, sie also auch gleich viel Geld vom Staat erhalten. Dieser Grundgedanke der Kindergrundsicherung ist wichtig und richtig – ihre Umsetzung ist aber teuer und die Gegenfinanzierung über das Abschmelzen des Ehegattensplittings nicht von heute auf morgen zu schaffen. Deshalb schlage ich vor, in der kommenden Legislatur einen Einstieg in die Kindergrundsicherung zu schaffen. So haben wir es auch in unserem Prioritätenpapier vereinbart.

*11. Wie wichtig ist für Dich der Einsatz für bessere **Kommunalfinanzen**? Wie wirst Du Dich für eine Entlastung der Kommunen von den steigenden Sozialkosten (Eingliederungshilfe, Kosten der Unterkunft etc.) einsetzen?*

Nirgendwo sonst hat die Politik einen so direkten Einfluss auf die Menschen wie in den Kommunen. Es ist deshalb eine Gefahr für unsere Demokratie, wenn in den Kommunen nur noch der Rotstift regiert. Der Rat der Stadt Göttingen verfügt zum Beispiel nur noch über 3,5 Prozent des Budgets. Wir müssen deshalb die strukturelle Unterfinanzierung unseres Gemeinwesens und gerade der Kommunen beenden. Mit dem in Kiel beschlossenen grünen Steuerkonzept aus Subventionsabbau, Ausgabenkürzungen und Einnahmeverbesserungen würden die Kommunen um über 1,5 Milliarden Euro – und die Länder um 9 Mrd. - entlastet. Darin sind Mehreinnahmen durch die Reform der Gewerbesteuer und die Veränderung der Grundsteuer noch nicht eingerechnet. Und im Prioritätenprozess der Bundestagsfraktion haben wir noch einmal zusätzlich 1 Mrd. € eingeplant, um die Kommunen bei den sozialen Kosten zu entlasten.

12. *Wir Grüne stehen für umfassende **Partizipation und die Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft**. Wie können wir im Wahlkampf noch deutlicher herausarbeiten, dass wir das Original sind, wenn es um Transparenz, Beteiligung und BürgerInnenrechte geht? Wo möchtest Du - auch jenseits vom Bau- und Fachplanungsrecht - ansetzen, um die Mitspracherechte und -möglichkeiten von Bürgerinnen und Bürgern zu verbessern? Was sollen Grüne in einer Bundesregierung bei wichtigen Infrastrukturmaßnahmen und Großprojekten im Spannungsfeld widerstreitender Interessen anders machen als die jetzige Regierung?*

Unsere Bilanz ist doch gut: Wahlberechtigte für die Spitzenkandidaten bei der CDU: 1. Bei der SPD: 3. Bei den Grünen: knapp 60.000. Mit der Urwahl und dem geplanten Mitgliederentscheid zeigen wir, wie gelebte Demokratie aussieht. Unter Rot-Grün waren wir es, die das Umwelt- und Verbraucherinformationsgesetz durchgesetzt haben. Dadurch haben wir erst ermöglicht, dass Gorleben-Akten und BER-Planungsunterlagen einsehbar und Ekel-Buttons möglich wurden. Und in den Ländern, in denen wir regieren, haben wir direkte Demokratie entweder überhaupt erst eingeführt, oder die Hürden dafür so deutlich gesenkt, dass sie praktikabel wurde.

In Planungsprozessen muss ein Umdenken stattfinden. Ich möchte, dass Bürgerinnen und Bürger früh wissen, was ihnen blüht und mitentscheiden, ob und nicht nur wie und wo gebaut wird. Transparenz ist die Voraussetzung für Bürgerbeteiligung, denn nur informierte Bürgerinnen und Bürger können sich wehren und Einspruch einlegen. Insgesamt brauchen wir ein neues Verständnis von Verwaltungshandeln und deutlich mehr Veröffentlichungen im Netz. Im weiteren Projektverlauf brauchen wir neue Beteiligungsformen wie Mediation, die schon oft zu guten Ergebnissen geführt haben. Auch direktdemokratische Elemente sind in Planungsprozessen sinnvoll. Der dringend notwendige Ausbau von Stromleitungen wird beispielsweise nur dann funktionieren, wenn erstens die Bürgerinnen und Bürger ernst genommen und beteiligt werden und zweitens neue Technologien von Erdkabeln bis Gleichstrom zum Einsatz kommen.

13. *Wir Grüne stehen für eine **digitale Gesellschaft**, die nicht ökonomische Verwertung oder staatliche Kontrolle, sondern Freiheit und Rechte der NutzerInnen in den Mittelpunkt stellt. Wie willst du im Bundestagswahlkampf netzpolitische Themen aufgreifen? Wie ist deine Vorstellung einer Reform des Urheberrechtes? Was sollten aus Deiner Sicht die drei wichtigsten grünen netzpolitischen Kernforderungen für den Wahlkampf 2013 sein?*

Das Thema Urheberrecht wird im Wahlkampf sicher eine wichtige Rolle spielen. Für mich ist klar: Künstlerinnen und Künstler müssen von ihrer Arbeit leben können. Wir brauchen einen Ausgleich zwischen denen, die Inhalte produzieren und denen, die Inhalte konsumieren. Eine Pauschalvergütung kann in meinen Augen einen Ausgleich bieten. Im Urhebervertragsrecht brauchen wir eine Besserstellung der Künstlerinnen und Künstler. Halsbrecherische Klauseln, bei denen die KünstlerInnen schlecht wegkommen, darf es nicht länger geben. Im Wahlkampf werde ich mich für den Breitbandausbau engagieren, denn er ist die Grundlage für die digitale Gesellschaft. Außerdem werde ich mich weiterhin gegen Vorratsdatenspeicherung engagieren und mich für eine Open-Data-Offensive stark machen.

14. *Viele, auch wir Grünen, beklagen immer wieder die Schwäche der Parlamente in Bund und Ländern gegenüber den Regierungen, die Nichtbeantwortung parlamentarischer Fragen, die mangelhafte Information des*

*Parlaments und die Tatsache, dass zentrale Debatten nicht mehr im Parlament, sondern in Talkshows stattfinden. Wie willst Du Dich im Fall einer grünen Regierungsbeteiligung für eine **Stärkung des Parlaments** und für eine starke Rolle der grünen Fraktion einsetzen? Welche konkreten Vorschläge hast Du und wie können sie glaubwürdig verankert werden?*

Als besonders demokratiefeindlich hat sich die Große Koalition erwiesen, die mit ihrer Zweidrittelmehrheit nach Belieben schalten und walten konnte. Ein Grund mehr sie 2013 zu verhindern.

Zur Stärkung des Parlaments hat die grüne Bundestagsfraktion in den letzten drei Jahren einiges beigetragen: Ohne uns gäbe es keinen Gorleben- und auch keinen NSU-Untersuchungsausschuss. Auf unsere Klagen hin hat das Bundesverfassungsgericht in den vergangenen Jahren mehrfach die Rechte des Parlaments verteidigt und sogar ausgebaut. Kein anderes Parlament in Europa muss, gerade bei europäischen Entscheidungen, so umfassend informiert, gehört und beteiligt werden. Das passt der schwarz-gelben Regierung gar nicht in den Kram und so kommt es immer wieder zu Regelbrüchen. Das muss sich ändern. Das gilt ebenfalls für das Fragerecht der Abgeordneten, das von der aktuellen Bundesregierung immer wieder unterlaufen und untergraben wird. Hier würde ich eine Reform ansetzen.

*15. Sind aus Deiner Sicht während der Grünen **Regierungsbeteiligung 1998 – 2005** Fehler unterlaufen? Welche Fehler waren das und wie würdest Du sie in Zukunft vermeiden?*

Rot-Grün hat in Deutschland eine umwelt-, energie- und verbraucherpolitische Wende eingeleitet und dieses Land umfassend bürgerrechtlich modernisiert. Deshalb sind Grüne gestärkt aus diesen Koalitionen heraus gegangen. Aber natürlich wurden auch Fehler gemacht. So wurde bei den Steuer- und Strukturreformen nicht genug darauf geachtet, dass diejenigen, die viel leisten können, das auch tun. Dieser Fehler darf sich in einer neuen Koalition nicht wiederholen. Denn mit ihm verlor die linke Mitte in Deutschland die Mehrheit.

*16. Wie stehst Du zu den **Sanktionen für ALG II-EmpfängerInnen**? Möchtest Du sie gänzlich abschaffen?*

Fördern und Fordern waren als Zweiklang gedacht. Doch besteht zwischen beidem in vielen Fällen ein eklatantes Missverhältnis – das sich durch die schwarz-gelben Kürzungen bei den Mitteln der Arbeitsmarktförderung noch verschärft hat. Solange aber nicht angemessen gefördert wird, darf auch nicht gefordert, also sanktioniert werden. Deshalb setze ich mich für ein Sanktionsmoratorium ein.

*17. Nicht erst seit den Skandalen um die Aufklärung der Morde des NSU gehört ein vorsichtig distanzierteres Verhältnis zu **Inlandsgeheimdiensten** seit vielen Jahren zum Grundkonsens von Bündnis 90/ Die Grünen. Hältst Du Inlandsgeheimdienste auf Bundes- und Landesebene weiterhin für notwendig? Wenn ja, warum und in welcher Form? Wenn nein, warum nicht?*

Ich bin für die Auflösung von Verfassungsschutz und die Abschaffung des MAD. Die NSU-Morde führen nun besonders gravierend vor Augen, dass die Schlapphüte miserable Arbeit geleistet haben. Verweigerung der Zusammenarbeit, Verleugnung eines rechtsextremen Hintergrundes und Zurückhalten der Informationen bis sie auf anderem Weg herauskommen – solche Gemeindienste

brauchen wir nicht. Apparate mit solchen Strukturen und Personal sind nicht mehr zu reformieren. Wir brauchen keinen militärischen Inlandsgeheimdienst. Wir müssen die Befugnisse eines neuen Inlandsgeheimdienstes auf den gewaltbereiten Extremismus begrenzen. Die Gesinnungsschnüffelei zur Linken muss ein Ende haben.

*18. Wie stehst Du zu einer Anhebung des **Spitzensteuersatzes** auf 56 Prozent?*

Das ist politisch sehr schwer durchzusetzen. Ich glaube es lohnt sich nicht, diesen Kampf zu führen, denn er bringt kaum weitere Einnahmen. Wir haben beschlossen, den Spitzensteuersatz auf 49% zu erhöhen, was uns bei Erhöhung des Freibetrages für alle netto rund 3 Milliarden bringt – und gleichzeitig alle Einkommen unter 60.000 € entlastet. Eine Anhebung der Erbschaftssteuer halte ich für wichtiger und gerechter, sie bringt zusätzliche 4,5 Milliarden und die Abschaffung der Abgeltungssteuer für Kapitalerträge bringt noch einmal 1,5 Milliarden. Das trifft viel eher die, die es sich leisten können und wenig dafür geleistet haben. Das gilt auch für das Abschmelzen des Dienstwagenprivilegs und der Abschaffung vieler Mehrwertsteuersubventionen, Jede dieser Maßnahmen bringt für sich mehr als der symbolische Kampf um eine noch höhere Höhe des Spitzensteuersatzes.

*19. Wie stehst Du als GrüneR dazu, einmal nicht auf Teufel komm raus einen **Kompromiss** finden zu wollen, sondern zu einer Politik Nein zu sagen?*

Ich bin nicht gläubig und habe es weder mit Gott noch dem Teufel. Demokratie braucht Mehrheiten. Mehrheiten gewinnt man mit Kompromissen – auf Parteitage wie im Parlament und in der Gesellschaft. Kompromisse betrachten wir Grüne immer der Sache nach. Wenn genug Grün drinsteckt – wie beim Atomausstieg – dann ist ein Kompromiss, der einen breiten gesellschaftlichen Konsens herstellt, viel wert. Und sonst muss man Nein sagen – wie zum Beispiel bei der völlig unzureichenden Anhebung der ALG II Sätze, der die SPD zugestimmt hat, wir Grüne aber nicht.